

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlags-Offizien & Co. Oberredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 600 bis 11 857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

Oberschlesischer Alarm.

Propaganda der Angst.

Zuverlässige Berichte aus Oberschlesien stimmen darüber überein, daß die Stimmung der Bevölkerung, ohne Unterschied der Sprache, in den letzten Monaten für Deutschland immer günstiger geworden ist. Das ist nicht etwa ein Erfolg der deutschen Propaganda oder der Parteien im Reich, von denen namentlich die Deutschnationalen durch ihre Behandlung der Autonomie mangelnden Sinn für geschäftliche und psychologische Notwendigkeiten gezeigt haben. Über diese und andere Fehler und Mängel wurden mehr als ausgeglichen durch die ungünstige Entwicklung der polnischen Wirtschaft, die in trassendem Gegensatz zu den Märchenmärchen steht, wie sie von der Propaganda Korfantsch vorgegaukelt wurden. Die breitesten Volksschichten Oberschlesiens sind darüber heute unterrichtet, daß der Anschluß an Polen gleichbedeutend wäre mit der wirtschaftlichen Verelendung, mit der Vernichtung des Wohlstandes, mit der schwersten Erschütterung aller Entwicklungsmöglichkeiten. Gegen diese Erkenntnis, die nicht durch Statistiken und ähnliche unwirksame Mittel hervorgerufen wird, sondern durch Erzählungen von Mund zu Mund, durch die Schilderung von Leuten, die ihrem Bekanntenkreis als vertrauenswürdig bekannt sind, vermag weder die nationale Verhegung, wie sie von Korfantsch zur Weisheit entwickelt wurde, noch die ungünstige Gestaltung des Abstimmungsreglements und die parteiische Handhabung der Grenzkontrolle ein Gegengewicht zu schaffen.

Als letztes Aushilfsmittel bleibt für den polnischen Abstimmungs-Kommissar nur die Hoffnung auf die abschreckende Wirkung, die von der Unschärfe in Oberschlesien ausgeht. In der Tat hat das Vandalentum einen bedenklichen Umfang erreicht, und das gemeine wie das politische Verbrechen reichen sich in der Verübung schwerer Ausschreitungen die Hand. Es ist das Recht und die Pflicht aller ordnungsliebenden Elemente in Oberschlesien, ohne Unterschied der Sprache Befreiung von diesem unerträglichen Druck zu verlangen. Die anständigen Kreise auch der Polen werden der Interalliierten Kommission Dank wissen, wenn sie mit eiserner Energie durchgreift und dem Verbrechen, das durch die immer noch ungenügende Grenzbeobachtung gegenüber Polen eine Art von Straffreiheit genießt, ein für allemal das Handwerk legt. Der Oberschlesier, ohne Unterschied der Sprache, will erst leben und arbeiten, dann abstimmen. Er verflucht die Leute, die aus echem oder unechtem nationalen Fanatismus sein schönes Land verderben und verheeren wollen.

In den letzten Wochen sind eine Reihe von schweren Bluträuren bekannt geworden, die von polnischen Banden begangen wurden. Es wird Zeit, daß sich die anständigen Oberschlesier polnischer Zunge auftraffen und auch ihrerseits bei der Interalliierten Kommission auf Abhilfe dringen. Kein Zweifel, daß diese in der Lage sein wird, durch Ausbietung aller ihrer Machtmittel — nach einer Meldung des „Secolo“ sollen noch vier kriegsstarke italienische Kompagnien hinzukommen — nicht nur jetzt für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern auch einen ruhigen Verlauf der Abstimmung zu garantieren. Die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung, die von der deutschen Heeresverwaltung als bedrohlich betrachtet werden, sollen gewiß nicht unterschätzt werden, und es ist das gute Recht des Deutschen Reichs, Klarheit zu schaffen und zu verlangen. Andererseits heißt es, die Propaganda der Angst und der Abfregung, die Korfantsch zielbewußt betreibt, unfreiwillig unterstützen, wenn man diese Gefahren überstreift, und wenn man übersieht, daß eine Störung der Abstimmung durch Gewaltakte die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Polen aufbringen und die Entente zwingen würde, mit den allerhöchsten Maßnahmen vorzugehen. Die Ententekommission in Oberschlesien, in der Franzosen, Engländer und Italiener sitzen, würde sich in ihren eigenen Ländern unmöglich machen, wenn sie ihre Aufgabe für eine einwandfreie Abstimmung zu sorgen nicht wenigstens äußerlich korrekt zu erfüllen vermöchten.

Deshalb gilt es gegenüber den polnischen Manövern und den Alarmgerüchten ruhiges Blut zu bewahren. In Oberschlesien ist nichts verloren und alles zu gewinnen, wenn jeder seine Pflicht tut.

*

Das „Königsbutter Tagesblatt“ und die „Kattowitzer Zeitung“ sind von der S. A. R. in Oppeln auf acht Tage verboten worden. Die letzterwähnte Zeitung, die das Tage Kuplas war, lebt fort und stellt in ihrer neuen Nummer folgende Forderungen auf: Friede und Freundschaft beider Nationalitäten in Oberschlesien, Unschädlichmachung der Seker, Entsendung von Prüfungskommissionen nach Polen und Deutschland zwecks Feststellung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in beiden Ländern, Durchführung der Abstimmung für denjenigen Staat, der wirtschaftlich und kulturell höher steht, endlich Errichtung einer wirklichen Selbstverwaltung für Oberschlesien.

ab Warschau, 20. Januar.

Die steigenden Nahrungsmitelpreise zwingen die Regierung zu einer Reihe von Einschränkungen, deren Einführung unmittelbar bevorstehen dürfte. Es wird beabsichtigt, den Verkauf

von Milch nur während weniger bestimmter Stunden am Tage zu gestatten und die Verwendung von Milch zum Baden zu verbieten. Ferner ist geplant die Einführung zweier fleischloser Tage wöchentlich, das Verbot der Herstellung von Schinken, auch der Augustinische in den Restaurants, in denen nur ein Fleischgang auf der Speisekarte in Zukunft stehen darf. Das Sernieren von Brot wird begrenzt, und auch der Verbrauch an Eiern soll eingeschränkt werden.

Briand bei Mayer.

Der deutsche Standpunkt.

Die Reparationsverhandlungen in Paris sind gestern insofern in ein neues Stadium getreten, als der französische Ministerpräsident Briand dem deutschen Botschafter Mayer einen Besuch abstattete, um mit ihm weiter über die Fragen zu beraten. Wir erfahren hierzu von zuständiger Seite:

Am Abend des 18. Januar hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht, um mit ihm die Fragen der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und der Reparation zu besprechen. Der deutsche Botschafter sagte bei dieser Gelegenheit, Deutschland habe bisher immer daran festgehalten, daß der Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dieser Modus hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf Grundlage einer solchen Regelung das ganze Reparationsproblem leichter zu einer internationalen Einleihe hätte machen können. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffen wollte, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann immer noch kein Ende sehen und folglich fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, herbeigelassen, über eine Lösung des Problems zunächst für eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich Kohlenlieferung mehr als einen Teil der verlangten Summen und anders als in Naturalien zu leisten.

Briand sprach darauf seine Hoffnung aus, daß man in den Reparationsfragen bald zu einer Verständigung kommen werde.

Eine Drohnote Reuters.

Paris, 19. Januar.

Havas meldet aus London: Reuters erfährt, daß in englischen Kreisen die Ansicht ausgesprochen wird, daß die Deutschen sich darüber Rechenschaft ablegen müssen, daß die Pariser Konferenz ihnen eine letzte Gelegenheit bietet, in der Reparationsfrage entsprechende Vorschläge zu machen. Es wird hervorgehoben, daß die Forderungen der Alliierten sehr vernünftig seien, und daß zahlreiche Zugeständnisse gemacht worden seien, und man sagt, daß, wenn die Deutschen keine greifbaren Vorschläge beibringen, die Alliierten wahrscheinlich ohne die Beihilfe der deutschen Sachverständigen handeln werden.

*

Der „Petit Parisien“ bestätigt, wie uns aus Paris gedrahlet wird, unsere im gestrigen Morgenblatt wiedergegebenen Informationen über die Wiedergutmachungsverhandlungen in Paris, durch die eine Fortsetzung der Brüsseler Konferenz überflüssig werde. Die Verhandlungen seien bereits so weit vorgeschritten, daß dem Obersten Rat am Montag vermutlich der neue Reparationsplan in seinen Umrissen vorliegen werde. Unter Berufung auf die Reutersnote erklärt das genannte Blatt aber, daß die „zäubernde Haltung“, die Herr Bergmann einnehme, und die „Unzulänglichkeit“ seiner Vorschläge in englischen Kreisen einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe.

Die Grundlage der Wiedergutmachung.

Drahtmeldung.

London, 20. Januar. (W. T. S.)

Der „Evening Standard“ bringt unter der Ueberschrift „Keinlet neue Grundlage für Entschädigung“ die von maßgebender Seite herührende Mitteilung, daß die in einem Teil der Berliner Presse erschienenen Vorschläge Deutschlands betreffend eine neue Grundlage für die Entschädigungsfrage in London als fühler betrachtet werden. Bezüglich dieser Vorschläge sei es keineswegs zu irgendeiner Abmachung zwischen England und Frankreich gekommen. Es habe weder eine Erörterung darüber stattgefunden, daß auf fünf Jahre verteilte Zahlungen stattfinden sollen, noch habe die Frage der Bezahlung durch Waren den Alliierten irgendwie vorgelegen. Solche Vorschläge würden zurückgewiesen werden.

*

Man wird bis zum Vorliegen gewichtiger Stimmen abwarten müssen, ob diese Mitteilung zutreffend ist, da zwischen ihr und den Erklärungen der deutschen Regierung über dieselbe Angelegenheit ein wesentlicher Widerspruch besteht. (Siehe auch zweite Seite.)

Die Kleine Entente.

Von

Alexander Redlich.

Prag, Mitte Januar.

Wenn man die Politik eines fremden Staates danach zu werten sucht, ob sie „deutschfreundlich“ oder „deutschfeindlich“ ist, so wird man sie nicht verstehen. Das gilt für Italien oder Frankreich genau so, wie für die Tschechoslowakei. Es ist verfehlt, die Gesamtpolitik eines Staates nach den Straßenkrawallen zu beurteilen, die gelegentlich stattfinden, und die das letzte Mal zwar kein Blut, aber sehr viele deutsche Fensterscheiben und Einrichtungsgegenstände gekostet haben. Ebenso falsch ist es, den entgegengesetzten Schluß aus der Tatsache zu ziehen, daß man nun längst wieder in Prag als Deutscher herumgehen und Deutsch sprechen kann, ohne auch nur schief angesehen zu werden.

Weder die Nationalitätenpolitik, noch die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik ist durch den Kabinettswechsel im Westen anders geworden. Denn die beiden am stärksten mitbestimmenden Faktoren, der Präsident Masaryk und der Außenminister Benes, sind geblieben, und die nationalen Extremisten mit Einschluß von Kramarsch haben heute genau so wenig oder noch weniger zu sagen, als vor drei Monaten. Soll man deshalb auf die Urteile zurückgreifen, die damals über die tschechische Außenpolitik gefällt worden sind? Im Sommer und Herbst des vorigen Jahres waren manche Leute geneigt, die Tschechen für „deutschfreundlich“ zu halten, weil sie sich dem Anschluß Österreichs nicht zu widersetzen schienen, und weil sie die Kleine Entente gegründet hatten. Die Kleine Entente aber, so argumentiert man, richtete sich gegen das reaktionäre Ungarn und dadurch indirekt auch gegen Frankreich, das hinter den Ungarn gesteckt hatte. Wo war sie deutschfreundlich? ein mitteleuropäischer Block zur Erringung der Unabhängigkeit gegenüber der Willkürpolitik Frankreichs.

Aber die Tschechoslowakei steht heute noch mit Frankreich so gut, wie je zuvor, und ihre politischen Wirkungen haben sich auf ganz anderen Gebieten gezeigt, als die oberflächlichen Beobachter erwarteten. Cines ist richtig: die Kleine Entente ist eine Schutzmaße demokratischer Staaten zur Aufrechterhaltung der Demokratie. Aber sie ist unter dem Eindruck einer doppelten Bedrohung der Demokratie in Mitteleuropa entstanden, nämlich gegen die Herikalreaktionäre, ebenso wie gegen die bolschewistische Gefahr. Sie entstand aus dem richtigen Bewußtsein heraus, daß Reaktion von rechts und Bolschewismus von links, aus der demokratischen Perspektive gesehen, verwandte Erscheinungen sind, die man nicht ständig gegeneinander auspielen, sondern gleichzeitig zurückdrängen muß, wenn die Auseinandersetzung zwischen ihnen nicht auf dem Rücken der Demokratie und zu ihrem Unheil, das heißt zum Unheil von Europa, stattfinden soll.

Daraus ergab sich zunächst ein Programm gegenüber dem russischen Bolschewismus, nämlich das Programm der Nichtintervention und der vollständigen Isolierung. Die Kleine Entente lehnt den Angriffskrieg gegen Sowjetrußland ab und verlangt die solidarisierende Verteidigung gegen einen bolschewistischen Angriff. Die praktischen Folgen dieses Programms dürften sich zeigen, wenn von Rußland her im Frühjahr ein Vorstoß versucht werden sollte. Sie haben sich aber schon gezeigt. Denn die Gedankengänge der Kleinen Entente bezüglich Rußlands beginnen in Europa Schule zu machen, und es scheint, daß Frankreich seine frühere Interventionspolitik in Rußland im Einvernehmen mit Prag und Belgrad aufgegeben hat. Man ist sich offenbar darüber einig geworden, daß das gemeinsame Ziel in Rußland die Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse ist, und daß nur bei den notwendigen engen Zusammenhängen Rußlands mit den übrigen Slawenstaaten und mit Frankreich für die Zukunft sicherstellen. Man scheint deshalb übereingekommen zu sein, auch eine vorübergehende Bundesgenossenschaft nichtdemokratischer Elemente gegen die Sowjetregierung abzulehnen.

Auch die Verteidigungsstellung der Kleinen Entente in Mitteleuropa zugunsten der Demokratie und gegen reaktionäre Bestrebungen hat keinen Zwiespalt zwischen ihr und Frankreich, sondern viel eher eine politische Konsolidierung zur Folge gehabt. Die reaktionäre Politik in Mitteleuropa arbeitet mit dem Schlagwort „Donauföderation“. Ungarn war und ist nicht der einzige Mittelpunkt dieser Bewegung. Sie findet sich in Kroatien, in der Slowakei, in Oesterreich und in Bayern wieder. Die Entscheidung, die Frankreich zwischen den Trägern dieser Politik und der Kleinen Entente getroffen hat, ist schon heute deutlich sichtbar. Sie zeigt sich in der entschiedenen Stellungnahme in der bayerischen Angelegenheit, in dem Abbruch von der habsburgischen Bewegung in Ungarn, und sie würde sich unter gewissen Voraussetzungen auch weit stärker in der österreichischen Politik Frankreichs zeigen. Frankreich hat, was die Mehrheit seiner Bevölkerung und seiner Regierung angeht, im Grunde niemals mit reaktionären Bewegungen sympathisiert. Wohl aber sind manche seiner politischen Handlungen einseitig von seinem Verhältnis zu Deutschland diktiert gewesen. In mehr England seine eigene von den französischen Interessen verschiedene Politik trieb, je mehr die politische Handlungsfähigkeit des übrigen Europa durch tausend Einzelkonflikte in Frage gestellt war, desto mehr sah Frankreich sich mit der Gefahr der